

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –

- Vorsitzender: Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Universität München
- Stellvertr.
Vorsitzender: Prof. Dr. Arnold Picot, Universität München
- Schatzmeister: Prof. Dr. Hermann Remsperger, Deutsche Bundesbank,
Frankfurt/M.
- Geschäftsführer: Dr. Ronnie Schöb, Universität München
- Schriftführer: Dr. Marcel Thum, Universität München
- Geschäftsstelle: c/o Lehrstuhl für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft,
Universität München, Schackstraße 4, D-80539 München,
Tel.: (089) 21 80 – 2740, Fax: (089) 39 73 03

Gesundheitsökonomischer Ausschuß

Die X. Jahrestagung des Ausschusses für Gesundheitsökonomie fand vom 8.–10. 10. 1998 auf Einladung von Dr. Edwin Smigielski, Verband forschender Arzneimittelhersteller, in Bonn statt. Generalthema der Veranstaltung war „Wettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung“.

Die Jahrestagung wurde eröffnet mit einem Referat von Prof. Dr. *Dieter Cassel* und Dipl.-Volksw. *Johannes Janßen* (Duisburg): „GKV-Wettbewerb ohne Risikostrukturausgleich? Zur wettbewerbssichernden Funktion des RSA in der Gesetzlichen Krankenversicherung“. Im Mittelpunkt des Referates steht die These, daß in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) Kassenwahlfreiheit und Kassenwettbewerb wegen des systemkonstitutiven Solidarprinzips einer Flankierung durch einen Risikostrukturausgleich (RSA) bedürfen, wenn sie materiell gesichert und funktionsfähig sein sollen. Ein unflankiertes Aufeinandertreffen der miteinander konfligierenden Ordnungsprinzipien hätte risikostrukturbedingte Beitragssatzunterschiede und einen dysfunktionalen Kassenwettbewerb um gute Risiken zur Folge. Der Beitrag zeigte auf, daß der RSA weder sozial- noch verteilungspolitisch, sondern äquivalenztheoretisch begründet und wettbewerbskonform ausgestaltet werden muß, wenn das Ziel einer bedarfsgerechteren, effektiveren und letztlich kostengünstigeren Gesundheitsversorgung über die Wettbewerbsoption erreicht werden soll. Hierzu muß der RSA nach Auffassung der Referenten als permanenter, regionaler und kassenübergreifender Ausgleich angelegt sein.

Prof. Dr. *Peter Oberender* und Dipl.-Volksw. *Thomas Ecker* (Bayreuth) erläuterten in ihrem Beitrag „Der Risikostrukturausgleich in der GKV: eine ordnungsökonomische Analyse“, daß das auf Dauer angelegte Ausgleichsverfahren, das seit 1994 in

Deutschland mit dem Risikostrukturausgleich (RSA) in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) praktiziert wird, vor dem Hintergrund einer freiheitlichen Wettbewerbsordnung nicht erforderlich ist, sofern die allgemeinen Regeln: einkommensabhängige Beiträge bei beitragsunabhängiger Leistungsgewährung (Solidarprinzip), Versicherungspflicht, Kontrahierungszwang und Diskriminierungsverbot für die GKV gegenüber Versicherungspflichtigen bestehen. Wird es dennoch eingeführt, so wird der Wettbewerb der Krankenversicherungen beeinträchtigt. Die Analyse der Zielkonformität zeige andererseits, daß die mit dem RSA verfolgten Ziele: Sicherung der Qualität des Kassenwettbewerbs sowie Beitragssatzgerechtigkeit nicht erreicht werden. Während die mangelnde Zielkonformität jedoch nur einen Reformbedarf nahelegt, ist der RSA aufgrund seiner mangelnden Ordnungskonformität ersatzlos abzuschaffen.

Prof. Dr. *Karl Lauterbach* (Köln) betrachtete die „Auswirkungen des Wettbewerbs in der Medizin auf Kosten und Qualität der Versorgung“ (Koreferat: Dr. *Edwin Smigielski*) am Beispiel der Versorgung der koronaren Herzkrankheit. Es gibt bislang keine Arbeiten, die ausgehend von einer konkreten Analyse eines Krankheitsbildes starten, um verschiedene Modelle des Wettbewerbs in bezug auf ihre Auswirkungen zu untersuchen. In dieser Analyse werden die wichtigsten Qualitätsprobleme und gesundheitsökonomischen Probleme bei der Versorgung der koronaren Herzkrankheit beschrieben. Dabei ist u. a. die Stellung der Versorgung deutscher Patienten im internationalen Vergleich zu berücksichtigen, die Auswirkungen von Managed Care auf die Versorgung, Aspekte der Gleichheit von Patienten, die Bedeutung der primärärztlichen im Vergleich zur fachärztlichen Versorgung und die Kosten-Nutzen-Relation einzelner Versorgungskonzepte. Die koronare Herzkrankheit wurde für diese Analyse gewählt, weil sie zum einen sehr gut untersucht wurde im Vergleich zu anderen Erkrankungen, zum anderen auch viele der spezifischen Versorgungsprobleme zeigt, die auch für andere chronische Erkrankungen gelten.

In seinem Koreferat analysiert Dr. *Edwin Smigielski* (Bonn), daß der Wettbewerb in der Medizin z. T. negative Auswirkungen auf Kosten und Qualität der Versorgung hat. Dies gilt nicht nur für die Kardiologie sondern auch für andere Bereiche der medizinischen Versorgung. Der Gesetzgeber hat durch die GKV-Neuordnungsgesetze neue Rahmenbedingungen auch für qualitative Verbesserungen der medizinischen Versorgung geschaffen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die sogenannten neuen Versorgungsformen und Modellvorhaben vor allem an Kostenkriterien ansetzen. Qualitative Gesichtspunkte spielen eher eine untergeordnete Rolle. Es gibt nur wenige Modellvorhaben, die sich auf qualitative Verbesserungen der Versorgung focussieren. Bei der Weiterentwicklung der wettbewerblichen Rahmenbedingungen könnte den Kostenträgern auch die Möglichkeit eröffnet werden, die Patienten auf Leistungserbringer, die qualitativ hochwertige Leistungen erbringen, hinzuweisen.

Gegenstand des Referates von Dr. *Andreas Nickel* (Göttingen) (Koreferat: Prof. Dr. *Roland Eisen*) ist die Darstellung eines möglichst umfassenden langfristigen Krankenversicherungsschutzes der wettbewerbsfest ist. Die von Pauly, Nickel und Kunreuther (1998) entwickelte Konzeption der „Garantierten Vertragsverlängerung mit Gruppenversicherung“ wird unter diesem Aspekt dargestellt. Im Anschluß werden verschiedene privatwirtschaftliche Gestaltungsformen daraufhin untersucht, ob sie imstande sind, eine ähnliche Sicherungsintensität bereitzustellen wie die GKV. In diesen Vergleich alternativer Sicherungskonzepte in der Krankenversicherung sind außer der Garantierten Vertragsverlängerung mit Gruppenversicherung, die private Krankenversicherung in den USA, die PKV und die GKV einbezogen. Schließlich

werden Überlegungen dazu angestellt, ob eine privatwirtschaftlich organisierte Versicherung um weitere Risikomerkmale ergänzt werden kann.

Soll der Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung zu mehr Effizienz und mehr Effektivität bei Wahrung der gesellschaftlichen Vorstellungen von Solidarität führen, kommt einer adäquaten Ausgestaltung der Wettbewerbsordnung zentrale Bedeutung zu. Dr. Klaus Jacobs (Berlin) und Prof. Dr. Jürgen Wasem (München) (Koreferat: Prof. Dr. Eberhard Wille) diskutieren in ihrem Beitrag Regionalaspekte der Wettbewerbsordnung. Zunächst thematisieren sie die Regulierung der Beitragssatzkalkulation der Krankenkassen. Der Status quo, bei dem für jede Krankenkasse vorgeschrieben ist, für ihr gesamtes Tätigkeitsgebiet einen einheitlichen Beitragssatz zu kalkulieren, wird unter allokativen wie distributiven Aspekten als defizitär angesehen. Als überlegen wird demgegenüber eine obligatorische Kalkulation von Regionaltarifen oder die Freigabe der Regionalebene der Kalkulation angesehen. Darüber hinaus wird der Regionalbezug des Risikostrukturausgleiches diskutiert. Die Referenten sprechen sich dafür aus, den gegenwärtig rein bundesweit organisierten Ausgleich in den einzelnen Regionen um eine intraregionale Ausgleichskomponente zu ergänzen.

Prof. Dr. Hans Adam (Koreferat: Prof. Dr. Stefan Felder) beschäftigte sich in seinem Beitrag „Monopolstrukturen im Rettungsdienst: Das Beispiel Niedersachsen“ mit den institutionellen Arrangements für den Rettungsdienst. Angesichts hoher Kostensteigerungen und einer überproportionalen Entwicklung der GKV-Ausgaben für Leistungen der Notfallrettung wie des qualifizierten Krankentransportes wird die Struktur des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes aufgezeigt und die zentrale Stellung der kommunalen Träger gegenüber den Kostenträgern herausgearbeitet. Die Analyse der bestehenden Anreizwirkungen und ihre empirische Überprüfung weisen auf Steuerungsmängel hin, die eine wirtschaftliche Leistungserbringung im Rettungsdienst nicht begünstigen. Nachteilig ist vor allem die Trennung zwischen der Aufgaben- bzw. Ausgabenkompetenz für die kommunalen Träger einerseits und der Einnahmenkompetenz für die Kostenträger andererseits. Dies führt dazu, daß die Kommunen als Träger des Rettungsdienstes die Leistungsstandards bestimmen und damit über die vorzuhaltende Infrastruktur die Kosten des Rettungsdienstes beeinflussen, während die Kostenträger, die bei der Bedarfsplanung lediglich ein Anhörungsrecht besitzen, verpflichtet sind, die Finanzierung dieser Strukturen sicherzustellen. Sofern die im Gesetz vorgesehene Einvernehmlichkeit der Kostenfeststellung zwischen den kommunalen Trägern und den Kostenträgern bei den Entgeltvereinbarungen nicht zustandekommt, können die Träger des Rettungsdienstes eine Satzungsregelung erlassen und ihre Kosten über die Erhebung von Gebühren bei den Nutzern decken, die sich unter Abzug eines Selbstbehaltes aber ihrerseits bei den Kostenträgern refinanzieren können. Vor dem Hintergrund dieser Situation in Niedersachsen werden abschließend einige Reformüberlegungen für den Rettungsdienst angestellt, die neben einer Stärkung der Position der Kostenträger von der Möglichkeit einer bereichsübergreifenden Planung der Versorgungsregionen unabhängig von Verwaltungsgrenzen über die Abschaffung des Satzungsrechts der kommunalen Träger bis hin zur Aufhebung des Selbstkostendeckungsprinzips mit einer stärker marktlich ausgerichteten Leistungserbringung im Rettungsdienst reichen.

Auf der Jahrestagung 1998 stand die Frage im Vordergrund, wie Wettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung aussehen kann. Der Schwerpunkt lag auf der Ausgestaltung der nationalen, institutionellen Rahmenbedingungen, insbesondere auf der (Nicht-)Notwendigkeit des Risikostrukturausgleichs (RSA). Auf der 1999 in Birmingham stattfindenden Jahrestagung soll dann vor allem die Frage nach dem in-

ternationalen Wettbewerb in der EU im Vordergrund stehen, ob und wie die national organisierten Gesundheitssysteme dem internationalen, europäischen Wettbewerb geöffnet werden können.

Prof. Dr. Eckhard Knappe, Trier

Ausschuß „Wirtschaftswissenschaften und Ethik“

Die Jahrestagung des Ausschusses fand vom 25. bis 27. Februar 1999 an der Fern-Universität Hagen statt. Eingeladen hatte der örtliche Tagungsleiter Prof. Dr. Volker Arnold. Die folgenden acht Referate wurden gehalten und ausführlich diskutiert (in alphabetischer Reihenfolge):

Volker Arnold, Hagen: „Steuergerechtigkeit und internationaler Steuerwettbewerb“

Wulf Gaertner, Osnabrück: „Verteilungsgerechtigkeit – Theorie und einige empirische Befunde“

Ulrich Gähde, Bayreuth: „Zur Funktion von moralphilosophischen Gedankenexperimenten“

Peter Koslowski, Hannover: „Das Shareholder-Value-Prinzip und der Zweck der Firma. Wirtschaftsethische Überlegungen“

Reinhard Neck, Klagenfurt: „Politische Ökonomie, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsethik: Was bleibt vom Forschungsprogramm von John Neville Keynes?“

Ingo Pies, Münster: „Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral“

Hans-Peter Weikard, Potsdam: „Kindererziehung und Rentenversicherung – Zur Gerechtigkeit des ‚Generationenvertrags‘“

Joachim Wiemeyer, Bochum: „Wirtschaftsethische Überlegungen zur Ordnung des Arbeitsmarktes“

Die Jahrestagung 2000 des Ausschusses wird in der Zeit vom 17. bis 19. Februar 2000 an der Universität Regensburg stattfinden. Die örtliche Leitung hat dankenswerterweise Herr Prof. Dr. Wolfgang Buchholz übernommen.

Herr Prof. Dr. Arnold wurde in der Mitgliederversammlung in Hagen zum neuen Ausschußvorsitzenden für die Zeit vom Juli 1999 bis Juni 2001 gewählt.

Prof. Dr. Wulf Gaertner, Osnabrück

Ausschuß für Ökonometrie

Dank der Vermittlung von Prof. Dr. H. Rinne, Universität Gießen, fand die diesjährige Tagung des Ausschusses für Ökonometrie in der Zeit vom 24. bis 26. März 1999 wiederum im Schloß Rauschholzhausen bei Marburg statt. Es nahmen 23 Mitglieder und 5 Gäste teil. Für die Sitzung war kein spezifisches Thema festgelegt. Die Vorträge umfaßten sowohl methodische als auch empirische ökonometrische Themen.

Prof. Dr. A. Börsch-Supan, Universität Mannheim, sprach über „Portefeuille-Wahl mit verhaltenspsychologischen Elementen“. Ziel des Vortrags war es, zwei recht unterschiedliche Forschungsrichtungen der Entscheidungstheorie zu kombinieren: ver-

haltenspsychologische Ansätze und die bekannten Ansätze rationaler Entscheidungstheorien. In diesem Vortrag wurde zunächst ein Modell vorgestellt, das abbildet, wie Haushalte Vermögen akkumulieren und ihr Anlageportefeuille auswählen. Dieses Modell berücksichtigte die Rolle von Risikoaversion, Zeitpräferenz und verhaltenspsychologische Elemente, wobei Information aus subjektiven Einschätzungen von Präferenzen, Erwartungen und Einstellungen als Indikatoren verwendet wurden. Der ökonometrische Ansatz – eine Erweiterung der MIMIC Modellklasse – berücksichtigte die Endogenität dieser Indikatoren, der Risikoaversion, die schlechte Qualität der Vermögensdaten und eine mögliche Interdependenz zwischen Zeitpräferenz, Risikoaversion und Vermögen. Für die Modellschätzung wurden niederländische „CentERpanel“ Daten verwendet.

Prof. Dr. *M. Lechner*, Universität St. Gallen, sprach zum Thema „Eine mikroökonomische Evaluation von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt“. In den neuen Bundesländern wurden nach der Vereinigung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik massiv Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) eingesetzt. Der Vortrag untersuchte die Auswirkungen einer Teilnahme an ABM für die Gruppe der ABM-Teilnehmer. Dabei standen durch ABM induzierte Veränderungen der Chancen auf dem Arbeitsmarkt im Vordergrund.

Da es schwierig ist, für die Gesamtheit der neuen Bundesländer einen für eine derartige Analyse geeigneten Individualdatensatz zu finden, konzentrierte sich dieser Vortrag auf das Bundesland Sachsen-Anhalt. Der Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt (AMM-SA) wurde bisher für ökonometrische Analysen noch nicht eingesetzt, ist aber vor allem aufgrund seines Panel-Charakters und der detaillierten Regionalinformation trotz einiger Probleme für Evaluationsstudien geeignet. Die verwendete ökonometrische Methode ist eine Mischung aus Matching-Methoden und Vorher-Nachher-Vergleich, d. h., es wurden sowohl Kontrollgruppen-Vergleiche als auch zeitliche Differenzbildung zur nichtparametrischen Korrektur der Selektionseffekte verwendet. Zentrales Ergebnis des empirischen Teils war ein positiver Effekt einer ABM-Teilnahme auf die Beschäftigungschancen des Teilnehmers nach Abschluß der Maßnahme.

Das Thema des Vortrags von Prof. Dr. *B. Lucke*, Universität Hamburg, lautete „Ökonometrische Tests der Ricardianischen Äquivalenz: Einige überraschende Ergebnisse“. Die approximative Gültigkeit der Ricardianischen Äquivalenzhypothese ist trotz einer großen Anzahl empirischer Studien noch immer sehr umstritten. Sich widersprechende Ergebnisse dieser Arbeiten sind zumindest teilweise darauf zurückzuführen, daß eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen Tests mit ebenfalls sehr unterschiedlichen Datensätzen durchgeführt wurden. Überdies wurden Instationaritätseigenschaften in den Daten in Teilen der älteren Literatur nicht angemessen berücksichtigt, was Anlaß zu irreführenden Schlußfolgerungen geben kann. Der Vortrag stellte einige der wichtigsten Tests der Ricardianischen Äquivalenzhypothese in ihrer Anwendung auf ein und denselben Datensatz (westdeutsche Quartalsdaten) dar. Überraschenderweise fand sich kaum Evidenz gegen die Äquivalenzhypothese. Paradoxerweise wurde jedoch das theoretische Modell, das diese Äquivalenz impliziert, deutlich verworfen.

Prof. *C. Schmidt*, Ph. D., Universität Heidelberg, sprach zum Thema „Aktive Arbeitsmarktpolitik in Polen“. Der Vortrag lieferte neue mikroökonomische Evidenz über die Effektivität von aktiver Arbeitsmarktpolitik in Polen. Die empirische Analyse war in eine theoretische Skizzierung von „Matching“-Schätzverfahren eingebettet, die als Substitut für eine Randomisierung in Arbeitsmarktprogrammen dienen können. Unter Verwendung retrospektiver Daten aus der 18. Welle des „Polish La-

bour Force Survey“ wurde ein bedingter Differenz-in-Differenzen-, „Matching“-Schätzer der Programmeffekte implementiert, wobei eine multinomiale Variable des Arbeitsmarktstatus als Ergebnisvariable betrachtet wurde. Zentrales Ergebnis war, daß Fortbildungsmaßnahmen einen positiven Effekt auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit sowohl von Männern als auch von Frauen zu haben scheinen. Dagegen wiesen die beiden anderen betrachteten Maßnahmen (Subventionen an private Unternehmen zur Einstellung von Arbeitslosen und Beschäftigung von Arbeitslosen in staatlichen Unternehmen) für Männer negative Beschäftigungseffekte auf.

Die Beschäftigungswahrscheinlichkeit von Frauen wurde allerdings durch diese Maßnahmen weder positiv noch negativ beeinflusst. Die negativen Effekte der beiden Maßnahmen für Männer wurde nicht auf eine Stigmatisierung durch diese Maßnahmen zurückgeführt, sondern darauf, daß die Teilnehmer nur für diese Programme ausgewählt wurden, um nach Beendigung des Programms erneut die Berechtigung zum Empfang von Arbeitslosenunterstützung zu erhalten.

Das Thema des Vortrags von Prof. *M. Burda*, Ph. D., Humboldt-Universität, lautete „Schätzung der Lohnverluste in Deutschland verursacht durch Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis“. Der Vortrag untersuchte die Effekte auf die Löhne von sozialversicherten Arbeitnehmern bei Neueinstellung nach einer unfreiwilligen Entlassung aus einem Arbeitsverhältnis. Für die ökonomische Analyse wurden Daten aus dem sozio-ökonomischen Panel 1986 für Westdeutschland verwendet. Durchschnittslöhne waren etwa gleich bei der Neueinstellung. Für das untere Quartil der Lohnverteilung lag das Lohnniveau etwa 2 Prozentpunkte höher beim neuen Arbeitgeber als beim früheren. Für die höheren Quartile lag der Verlust bei etwa 17 Prozentpunkten. Dieses Ergebnis ist vergleichbar mit Ergebnissen für die USA. Große Verluste traten beim Wechsel zu einer anderen Branche jedoch nicht beim Wechsel des Unternehmens innerhalb derselben Branche auf. Diese Ergebnisse sind robust in Bezug auf Wahl der Modellspezifikation.

Prof. Dr. *B. Pötscher*, Universität Wien, sprach zum Thema „Untere Risikoschranken für ‘schlecht-gestellte Probleme’ mit Anwendungen auf Persistenz-, Spektral-dichteschätzung und Schätzung der fraktionalen Ordnung“. „Schlecht-gestellte“ Probleme treten in natürlicher Weise in nicht-parametrischen statistischen Problemen auf. Diese Klasse von Problemen umfaßt zum Beispiel die Schätzung des Wertes von Spektraldichten an einer gegebenen Frequenz oder die Schätzung des fraktionalen Grads einer Spektraldichte und vieles mehr. Im Vortrag wurde eine untere Schranke für das Risiko in „schlecht-gestellten“ Problemen gegeben und die Implikationen dieser Schranke für die Persistenzschätzung, für die Inferenz über Einheitswurzeln, für die Schätzung des fraktionalen Grades, usw. diskutiert.

Prof. Dr. *G. Flaig*, IFO Institut München, sprach über „Faktorpreise, technischer Fortschritt und Beschäftigung. Eine empirische Analyse für das westdeutsche Verarbeitende Gewerbe“. Ziel des Vortrags war es, die Technologie des Verarbeitenden Gewerbes mit einer Translog-Kostenfunktion zu modellieren, wobei Arbeit und Vorleistungen als variable Inputs und Kapital als quasi-fixer Input behandelt wurden. Dies ermöglichte nicht nur die Schätzung der kurz- und langfristigen Faktornachfragefunktionen, sondern auch die Berechnung der Wachstumsrate der totalen Faktorproduktivität und des „Bias“ des technischen Fortschritts sowie kostenbasierter Maße des Potentialoutputs und der Kapazitätsauslastung. Die empirischen Ergebnisse zeigten, daß die relativen Faktorpreise einen entscheidenden Einfluß auf die Beschäftigung haben, daß der technische Fortschritt arbeitssparend ist, die Wachstumsrate der totalen Faktorproduktivität gesunken ist und die Kapazitätsauslastung gute prognostische Eigenschaften für die zukünftige Investitionsentwicklung hat.

Prof. Dr. *W. Pohlmeier*, Universität Konstanz, sprach zum Thema „Zur Wirkung des technischen Fortschritts auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigung und die Entlohnung“.

Während die qualifikatorische Lohnstruktur in Deutschland in den vergangenen beiden Jahrzehnten relativ stabil war, mußte vor allem bei den unteren Qualifikationsgruppen ein deutlicher Beschäftigungsverlust konstatiert werden. Der Vortrag untersuchte die Wirkungen des technischen Fortschritts auf die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmerschaft unter expliziter Berücksichtigung der Rolle des Lohnbildungsprozesses. Dazu wurde eine Insider-Outsider-Variante eines „Right-to-Manager“-Ansatzes verwendet, der für die Gruppe der hochqualifizierten Angestellten einen kompetitiven Teilarbeitsmarkt unterstellt. Der Lohn der übrigen Qualifikationsgruppen wurde in einer Nash-Verhandlung zwischen Gewerkschaften und Unternehmensleitung gefunden. Die Schätzungen beruhten auf einem semi-strukturellen Modell, das auf der Basis von Daten der Hauptgruppenebene für das westdeutsche Verarbeitende Gewerbe geschätzt wurde. Der Ansatz erlaubte es, die indirekten Effekte des technischen Fortschritts, die sich aus dem Verhandlungsprozeß ergeben, zu quantifizieren. Es konnte gezeigt werden, daß diese indirekten Effekte auf die qualifikatorische Beschäftigungsstruktur quantitativ bedeutsam sind. Arbeiter waren in Bezug auf die Beschäftigung nicht per se die Verlierer des technischen Fortschritts, sondern wurden dies erst durch die Lohnpolitik. Die Hypothese, daß der deutsche Arbeitsmarkt durch starke Insider-Outsider-Mechanismen gekennzeichnet ist, fand eine empirische Bestätigung.

Die nächste Tagung des Ausschusses ist für den 5. – 7. 4. 2000 vorgesehen.

Prof. Dr. F. C. Palm, Universität Maastricht

Ausschuß für Umwelt- und Ressourcenökonomie

Der Ausschuß tagte am 23. / 24. April 1999 in Innsbruck. Die Tagung war nicht thematisch abgegrenzt. Die folgenden acht Referate wurden gehalten:

K. Conrad: Voluntary Environmental Agreements, Emission Taxes and International Trade: The Importance of the Timing of Strategies

Koreferat: P. Michaelis

F. Wirl: The Consequences of Uncertainty about Global Warming and of Irreversibility on Optimal Intertemporal CO₂ Emission Policies

Koreferat: R. Pethig

F. Söllner: Gesundheitsrisiko und Risikozertifikate

Koreferat: Volker Radke

J. Weimann: Umweltpolitik und experimentelle Wirtschaftsforschung

Koreferat: W. Buchholz

R. Walz: Die Einflussnahme von Gewinnern und Verlierern auf die Klimapolitik: Ansätze zur Erklärung des Verhaltens der deutschen Industrie aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie.

Koreferat: G. Kirchgässner

E. Gawel: Sind Probleme der intrinsischen Motivation für die Umweltpolitik relevant?

Koreferat: H. Weck-Hannemann

M. Rauscher: Hot Spots, High Smokestacks, and the Geography of Pollution

Koreferat: T. Requate

F. Schneider: Induzieren ökologische Steuerreformen einen Lenkungseffekt oder nur volle Staatskassen? Einige volkswirtschaftliche Überlegungen

Koreferat: H. Karl

Es wurde vereinbart, daß die nächste Ausschußsitzung am 5./6. Mai 2000 in Cottbus stattfinden soll.

Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, St. Gallen

Ausschuß für Sozialwissenschaft

Die Tagung des Sozialwissenschaftlichen Ausschusses fand in der Zeit vom 6. – 8. Mai 1999 in Diehl's Hotel, Koblenz statt.

Es wurden folgende Vorträge gehalten:

Otwin Becker und *Ulrike Leopold-Wildburger:* Visuelle Inferenz

Simon Gächter: Do Incentive Contracts Destroy Voluntary Cooperation?

Bruno S. Frey: Was macht Menschen glücklich? – Eine ökonometrische Analyse

Bengt-Arne Wickström: Verhaltensklerose, Myopie und die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates

Renate Schubert: Financial Choice Behavior: Are Women Really More Risk Averse?

Karl-Dieter Opp: Warum denken normale Leute, sie seien politisch einflußreich? – Zur Erklärung einer kognitiven Illusion

Joachim Weimann: Talk or let talk: Communication in public good experiments

Zum neuen Vorsitzenden wurde Herr Professor Dr. Friedel Bolle gewählt.

Prof. Dr. Martin Weber, Mannheim

Ausschuß für Außenwirtschaftstheorie und -politik

Der Ausschuß für Außenwirtschaftstheorie und -politik hat vom 13. bis 15. Mai 1999 in Kiel getagt. Die örtliche Vorbereitung hatte Herr Prof. Dr. Horst Herberg übernommen. Es referierten sechs Ausschuß-Mitglieder und zwei Gäste des Ausschusses (PD Dr. Max Albert und Prof. Dr. Thomas Straubhaar). Die Ausschuß-Sitzung wurde am Abend des 13. 5. 99 durch ein Referat von Herrn Dipl.-Ing. Dirk Lindenau über „Technische und wirtschaftliche Aspekte des modernen Schiffbaus und Seeverkehrs“ eingeleitet, welches im Rahmen eines Kamingesprächs vorgetragen und diskutiert wurde. – An den beiden anschließenden Tagen waren die folgenden Referate Gegenstand der Ausschuß-Sitzung:

ZWS 119 (1999) 2

Prof. Dr. *K. Sauernheimer*: Zur Theorie der Währungsunion

Prof. Dr. *John Ren Chen*: Finanzturbulenzen und deren Effekte

Prof. Dr. *Th. Straubhaar*: „International Economics“, „Regional Economics“ oder nur noch „Economics“?

PD Dr. *Max Albert*: Green Tax Reform, Capital Mobility and Unemployment in a Small Open Economy

Prof. Dr. *Roland Vaubel*: The Future of the Euro: A Public Choice Perspective

Prof. Dr. *Joachim Wagner*: Internationale Firmentätigkeit – Umfang, Bestimmungsgründe, Folgen

Dem wissenschaftlichen Programm folgte die Mitgliederversammlung: Zum neuen Ausschuß-Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer gewählt. – Kooptiert wurden die Herren Prof. Dr. Jürgen v. Hagen und Prof. Dr. Friedrich-Leopold Sell. – Sodann beschloß die Mitgliederversammlung, daß die nächste Ausschuß-Sitzung vom 1. bis 3. 6. 2000 in Koblenz stattfinden soll. Die örtliche Vorbereitung hat Herr Prof. Dr. Michael Frenkel übernommen.

Prof. Dr. Helga Luckenbach, Gießen